



**Mit Wochenend-Magazin**  
Ungewöhnliches Projekt:  
Ein Fass voll Telemann

**Sport** Magdeburger  
auf dem Weg zum  
Ironman. Seite 16



**Ungeklärte Verbrechen**  
Der rätselhafte Tod des  
Musik-Managers. Seite 3

ANZEIGE

Jetzt kommt's drauf an:  
**BORRIS**  
wählen!  
Stichwahl 8. Mai



Magdeburg bleibt  
in guten Händen.

Zeitung für Sachsen-Anhalt • Gegründet 1890

# Magdeburger Volksstimme

www.volksstimme.de

Sonnabend, 30. April | 1,80 Euro | Nr. 99 | A 10283

## Heute mit Anzeigenteil:

**Suchen Sie etwas?**  
Immobilien, Stellen,  
Kraftfahrzeuge,  
An- und Verkauf,  
Bekanntschäften,  
Haustiere  
ab Seite 29

## Magdeburg

### Magdeburgs Ämter sind am Limit

Magdeburg (il) • Die Registrierung von ukrainischen Flüchtlingen stellt die Stadtverwaltung vor eine Herausforderung. Derzeit sind mindestens 4200 Geflüchtete in der Stadt. Rund zehn Prozent der Verwaltungsmitarbeiter sind mit Aufgaben rund um die Flüchtlinge gebunden. Seite 15

### Stadtfelder Apotheke erneut attackiert

Magdeburg (il) • Die Mohren-Apotheke in Stadtfeld-Ost ist erneut Opfer einer Attacke geworden. Unbekannte haben die Fassade beschmiert und eine Umbenennung gefordert. Sie drohen: „Sonst wird's teuer!“ Erst vor wenigen Monaten war die Apotheke Ziel eines Farbanschlags. Seite 17

### Diskussion um steigende Mieten

Magdeburg (ka) • Magdeburgs Stadtteil Buckau ist ein aktuelles Beispiel für die Verdrängung von Alteingesessenen durch rasant steigende Mieten. Welche Möglichkeiten es gibt, einer Mietspirale zu entkommen, ist im Stadtteil mit einem Leipziger Experten diskutiert worden. Seite 19

## Sport

SCM: Hit gegen Füchse  
auch Duell der Torjäger

Seite 10

Basketball: USC will den  
Regionalliga-Aufstieg

Seite 11

## Börse

Dow Jones 33008 (20 Uhr)  
Dax 14097 (Schlusskurs)  
Rohöl \$ 105,90 (je Barrel)  
Kurs \$ 1,0540

Die Börse finden Sie auf Seite 6

## Wetter in Magdeburg



15° | 6°

Mix aus Sonne und Wolken,  
bis zum Abend trocken



## Boris Becker muss ins Gefängnis

Der ehemalige Tennisstar Boris Becker ist wegen Insolvenzstraftaten zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Das entschied ein Londoner Gericht gestern Nachmittag. Zwar ist das Urteil noch

nicht rechtskräftig, doch legten ihm Justizbeamte noch im Gerichtssaal die Handschellen an: Er muss seine Strafe unverzüglich antreten. Wie in Deutschland ist auch in Großbritannien ab einer

Freiheitsstrafe von zwei Jahren keine Bewährung möglich. Anfang April war Becker in vier von 24 Anklagepunkten wegen Insolvenzverschleppung schuldig gesprochen worden. Seite 8 Foto: AFP

## Rote Karte für Sozialministerin

Prüfbericht des Rechnungshofs zu Rechtsstreit zwischen Ameos und Grimm-Benne liegt vor

Der Landesrechnungshof von Sachsen-Anhalt hat die Vorgänge um einen Rechtsstreit von Sozialministerin Petra Grimm-Benne (SPD) mit dem Krankenhausbetreiber Ameos geprüft. Das Ergebnis fällt eindeutig aus.

Von Michael Bock  
Magdeburg • Im Juli vorigen Jahres bat Grimm-Benne die unabhängige Kontrollbehörde um kurzfristige Prüfung, wer die Kosten in einem Verfahren mit Ameos tragen soll. Sie werde sich der Bewertung des Rechnungshofs „unterwerfen“, sagte sie seinerzeit.

Die Ministerin hatte die Kosten in einem verlorenen Rechtsstreit mit dem Krankenhausbetreiber zunächst auf den Steuerzahler abgewälzt. Nach öffentlichem Druck und bereits zu diesem Zeitpunkt wohl auch in Kenntnis der grundsätzlichen Bewertung des Rechnungshofs

zahlte sie im Februar dieses Jahres insgesamt 29 450,60 Euro aus der eigenen Tasche an die Landeskasse zurück. Dies erfolge unabhängig vom Abschluss der Rechnungshofprüfung „und ohne dass eine Rechtsverpflichtung bestünde“, beteuerte die SPD-Politikerin damals.

Jetzt, neun Monate später, liegt der als vertraulich eingestufte Bericht in seiner endgültigen Fassung vor. Darin wird dem Agieren des Ministeriums in dem Rechtsstreit ein überaus schlechtes Zeugnis ausgestellt.

### „Die vorgefundene Aktenlage widerspricht allen gängigen Verwaltungsstandards.“

Kay Barthel

Rechnungshofpräsident Kay Barthel sagte auf Volksstimme-Anfrage, eine vollständige Kostenübernahme durch das Land - wie zunächst geschehen - halte er „für nicht

vertretbar“. Eine konkrete Summe errechneten die Prüfer allerdings nicht.

Zwar gebe es derzeit eine Regelungslücke in der Frage, wer Rechtsschutzkosten für Mitglieder der Landesregierung übernehme, sagte Barthel. Doch das Ministerium habe die Übernahme der Prozesskosten „ohne angemessene Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen und der finanziellen Risiken für das Land getroffen“, kritisierte er.

Deutliche Worte findet der Präsident zum Verfahren. „Die vorgefundene Aktenlage widerspricht allen gängigen Verwaltungsstandards“, sagte er. Das Sozialministerium habe die wesentlichen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Verfahren „nur ungenügend dokumentiert“. Es hätten keine Vermerke vorgelegt werden können - etwa zur Aus-

wahl des Rechtsanwalts oder zu prozesstaktischen Erwägungen. Barthel: „Zu mündlichen Absprachen wurden keine Gesprächsvermerke gefertigt. In der Folge waren selbst für die zuständigen Mitarbeiter des Sozialministeriums wesentliche Verwaltungsentscheidungen

später nicht hinreichend nachvollziehbar.“ Auf die Frage, ob die Auftragsvergabe an Anwaltskanzleien im Rahmen des allgemein üblichen haushaltsrechtlichen Verfahrens erfolge, antwortete Barthel: „Nein. Es wurde eine Kanzlei ohne Angebotsvergleich beauftragt.“ Er könne zwar nachvollziehen, dass das Ministerium einen externen spezialisierten Anwalt für notwendig gehalten habe und dass durch die Corona-Pandemie eine besondere Situation vorgelegen habe. Dennoch wäre es möglich

gewesen, mindestens drei erfahrene Kanzleien um ein Angebot zu bitten.

Die Prozesskosten stammen aus einem Verfahren, welches Ameos gegen Grimm-Benne wegen Äußerungen auf dem Neujahrsempfang 2020 der SPD Burgenlandkreis geführt hatte. Dort hatte die Politikerin behauptet, Ameos transfere „opulente Gewinne“ aus Sachsen-Anhalt ins Ausland.

Das Oberlandesgericht Naumburg untersagte ihr diese „nur durch Mutmaßungen unterlegte Behauptung“. Entscheidend ist, ob die Behauptung Grimm-Bennes als Privatperson oder als Ministerin erfolgte. Das Landgericht Halle kam zur Auffassung, es handele sich um eine Äußerung, „die dem persönlichen Bereich zuzuordnen ist, nicht aber ihrem Regierungsamt“. Grimm-Benne focht diesen Beschluss nicht an. Für Ameos folgte daraus, dass sie privat zahlen müsse. Ansonsten mache sie sich der Anstiftung oder der Beihilfe zur Untreue strafbar. Seite 4



Petra Grimm-Benne



Kay Barthel

## Verfahren gegen Ex-Präsident

Seibicke als Diener zweier Herren?

Von Michael Bock  
Magdeburg • Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat nach Volksstimme-Informationen ein Disziplinarverfahren gegen den früheren Präsidenten des Landesrechnungshofs, Ralf Seibicke, eingeleitet.

Dem Vernehmen nach geht es auch um Beratungsleistungen Seibickes für den Mitteldeutschen Rundfunk. Bei den mehreren Zehntausende Euro umfassenden Aufträgen soll es zu Interessenkollisionen gekommen sein.

Konkret: Seibicke war zum Zeitpunkt der infrage stehenden lukrativen Verträge Mitglied der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, kurz KEF. Seibicke wird vorgeworfen, mit dem MDR die Gegenseite der KEF beraten zu haben, sozusagen als Diener zweier Herren.

Der Landtag wollte sich gestern nicht zu dem Thema äußern.

### Seibicke: Keine Interessenkollisionen

Seibicke hat einen Anwalt eingeschaltet. Der Volksstimme sagte er, es habe keine Interessenkollisionen gegeben. Die von ihm bearbeiteten Themen hätten nichts mit der KEF-Arbeit zu tun gehabt. Er habe etwa Gutachten zum Finanzausgleich innerhalb der ARD oder zur Indexierung des Rundfunkbeitrags erstellt.

Andere sagen, dies seien sehr wohl originäre KEF-Themen.

Seibicke, der sich in seiner Zeit als Rechnungshofpräsident viele Gegner gemacht hat, vermutet, dass jetzt alte Rechnungen beglichen werden sollen.



Ralf Seibicke

## Ein Prosit auf den Bier-Deckel

Endlich fordert jemand die Preisbremse für Gerstensaft: Halber Liter für maximal vier Euro

Nach all den Entlastungspaketen und Energiepreisbremsen, die dem Verbraucher gefühlt nahezu nichts bringen, hier mal eine echt gute Aktion: Mit mehrheitlicher Zustimmung hat der Stadtrat von Schwäbisch Hall (Baden-Württemberg) sein Herz für Biere gezeigt. In Form eines Antrages auf Bierpreis-Deckel.

Der Maximalpreis für den halben Liter in der Kneipe soll demnach vier Euro betragen. Alles, was die Wirte darüber hinaus an Kosten haben, ersetzt die Stadt aus einem Fonds. Die Verwaltung muss das noch wohlwollend prüfen.

Neben all den bekannten pro-Bier-Argumenten (enthält 98 Prozent bestes Mineralwasser plus wertvolle Mineralien und lebenswichtige Elektrolyte) kommt auch die eher kleinkarierte juristische Komponente unter die Lupe: Es geht darum, ob eine Bezuschussung von alkoholischen Getränken rechtlich und praktisch überhaupt möglich ist.

Wenn die Verwaltungsexperten die Idee nur halb so schäumend befürworten wie die Parlamentarier, wird es eine süßige Sache. Die dann auch andere Kommunen, gern in Sachsen-Anhalt, nachschicken sollten. Axel Ehrlich



Darauf ein Prosit: Eine völlig neue Art von Bier-Deckel soll die Gerstensaft-Kosten im Zaum halten. Foto: dpa

Aktion verlängert - Pustebume-Kinderzeitung 12 Monate lesen, 10 bezahlen

Alle Infos und Bestellung unter:  
www.pustebume-kinderzeitung.de/aktion  
oder Hotline: 03 91/59 99-9 00